

V o r l a g e Nr. L 52/19

für die Sitzung der Deputation für Kinder und Bildung am 31.08.2016

Fachkräftesicherung

A. Problem

Nach einem langen Zeitraum des Überhangs an Bewerbungen von ausgebildeten Lehrkräften für die Einstellung in den Schuldienst und stets schwer abzudeckenden Bedarf in einzelnen besonderen Mangelfächern hat sich in den vergangenen Monaten die Arbeitsmarktsituation bundesweit dramatisch verschärft. Deshalb sieht die Senatorin für Kinder und Bildung die Notwendigkeit, in Bremen mit einem abgestimmten Konzept die Fachkräftesicherung zu ermöglichen.

B. Lösung / Sachstand

Im Frühjahr 2016 nahm die Arbeitsgruppe 'Lehrkräftegewinnung' ihre Arbeit auf. Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sind Vertreter*innen des Bildungsressorts in Bremen (abteilungs- und referatsübergreifend), des Schulamtes in Bremerhaven, des Landesinstituts für Schule sowie der Mitbestimmungsgremien. Mittlerweile befinden sich die folgenden Arbeitsschwerpunkte bereits in der Erarbeitung oder Umsetzung.

1. Optimierung und Ausbau der Formen des Seiteneinstiegs in den Lehrerberuf

Siehe „Verordnung über die Anerkennung einer für ein Lehramt an öffentlichen Schulen geeigneten Hochschulabschlussprüfung als Erste Staatsprüfung (A-LAV)“: Das Verfahren für den Seiteneinstieg A wird durch die Verzahnung des Gleichstellungsverfahrens mit der Bewerbung zum Vorbereitungsdienst vereinfacht und verkürzt. Dadurch soll vermieden werden, dass Personen, die erfolgreich eine Gleichstellung erhalten haben, es aus zeitlichen oder persönlichen Gründen versäumen, sich zum Vorbereitungsdienst zu bewerben. Zusätzlich werden die erforderlichen Sprachkompetenzniveaus an die neuen Bestimmungen im Bremischen Ausbildungsgesetz für Lehrämter angepasst.

Darüber hinaus werden ergänzend zu den bislang angebotenen Formen der Seiteneinstiege A (Ausbildung im Vorbereitungsdienst) und B (Berufsbegleitende Ausbildung) weitere Seiteneinstiegsmodelle entwickelt. In der Vorbereitung sind der Seiteneinstieg BA (berufsbegleitende Ausbildung im Vorbereitungsdienst), der Seiteneinstieg U (Unterrichtserlaubnis für Wissenschaftler mit nur einem Fach) sowie der Seiteneinstieg GP (Gleichstellungsprüfung zur Ermöglichung der Mobilität aus anderen Bundesländern nach Bremen). Die nächsten Erarbeitungsschritte mit dem Landesinstitut für Schule und der Universität sind vereinbart.

2. Flexibilisierung des Vorbereitungsdienstes

Um den Vorbereitungsdienst auch für Personen attraktiver zu machen, denen durch ihr persönliches Umfeld eine Absolvierung in Vollzeit unmöglich ist, wird die Ausbildung in Teilzeit eingeführt. Dieses Teilzeitmodell wird für den Seiteneinstieg BA maßgeblich sein. Die entsprechenden Vorbereitungen sind mit dem Landesinstitut für Schule vereinbart.

3. Optimierung des Stellenplanungs- und Stellenversorgungsverfahrens

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH an der Universität Bremen hat das Bildungsressort eine Anforderungserhebung zur Optimierung des Stellenplanungs- und Stellenversorgungsprozesses durchgeführt. Bei der Analyse des Ist-Zustands wurde eine vielfältige Problemlage identifiziert. Als Ergebnis wurde festgehalten, dass IT-technisch das gesamte Verfahren in einer Anwendung(slandschaft) zusammengefasst werden soll. Die notwendigen Berechnungen zur Planung von und Versorgung mit Planstellen müssen verständlich und transparent dargestellt werden können. Die händische Bearbeitung von Daten soll deutlich reduziert werden. Im Idealfall wird 0% händische Bearbeitung von vorhandenen Daten und im Gegensatz zu jetzt deutlich weniger entsprechende Behandlungen von neuen Daten erreicht. Zusätzlich sollen Schnittstellen, an denen Mitarbeiter*innen Daten händisch zwischen verschiedenen Systemen übertragen, abgeschafft werden.

4. Verbeamtung von Lehrkräften im Vertretungspool

Das Bildungsressort hat eine Dienstvereinbarung zur Verbeamtung von Lehrkräften im Vertretungspool erstellt. Diese befindet sich aktuell im Mitbestimmungsprozess. Eine Einigung soll bis zum 1. September 2016 erfolgen.

5. Verbesserung des Zugangs für Lehrkräfte aus anderen Ländern

Siehe Entwurf einer „Anerkennungsverordnung für ausländische Lehrerberufsqualifikationen (AVL)“: Das Anerkennungsverfahren für Lehrkräfte aus anderen Ländern wird durch die „Anerkennungsverordnung für ausländische Lehrerberufsqualifikationen (AVL)“ an

die neue Richtlinie 2013/55/EU und das BremBQFG angepasst. Für den berufspraktischen Teil erhalten die Teilnehmer*innen zukünftig eine Vergütung, zudem werden sie durch berufsbezogene Sprachfördermaßnahmen (C2 plus-Zertifikat) unterstützt.

6. Verbesserung des Zugangs für Lehrkräfte aus Privatschulen

Für Lehrkräfte aus Privatschulen sollen unterstützende Qualifizierungsmaßnahmen entwickelt werden, um auf Wunsch einen Zugang in das öffentliche Schulsystem zu ermöglichen.

7. Bessere Verzahnung zwischen Schule, Lehramtsausbildung und Lehrereinstellung

Das Interesse am Lehrberuf muss bereits in den Schulen geweckt werden. Daher ist beabsichtigt, in Schulen verstärkt Informationsveranstaltungen zum Lehramtsstudium und zur gesamten Lehramtsausbildung in Bremen durchzuführen. Darüber wird geprüft, inwieweit Lehramtsstudierende der Universität Bremen besser über den Vorbereitungsdienst in Bremen informiert werden können, bspw. in direktem Anschluss an das neue Praxissemester, um persönlichen Bindungen von Referendar*innen an bremische Schulen förderlich nutzen zu können. Weiterhin sind Nutzungsmöglichkeiten von Neuen Medien in der Prüfung.

C. Finanzielle / Personelle Auswirkungen / Gender-Prüfung

Inwieweit die zu entwickelnden Maßnahmen finanzielle Ressourcen benötigen und inwieweit eine Genderrelevanz vorliegt, wird während der Entwicklung der oben dargestellten Maßnahmen systematisch geprüft werden.

D. Beschlussvorschlag

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet, im Frühjahr 2017 über den Stand der Umsetzung der geplanten Maßnahmen informiert zu werden.

In Vertretung

gez.

Frank Pietrzok

Staatsrat